

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	64 (1985)
Heft:	3
Artikel:	Versuch einer Standortbestimmung der SPS : ein neues Kapitel schreiben
Autor:	Schlegel, Florian
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340234

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lysatorauto werde alles, alles wieder gut und niemand brauche sich einzuschränken. Wir sind bisher mit der Umwelt umgesprungen, wie wenn wir noch eine zweite in Reserve hätten. Die grenzenlose Verschwendug auf der ganzen Linie, mit der Energie, mit den Rohstoffen, mit dem Gift im Boden, mit der Verbetonierung der Landschaft hat zur heutigen Situation geführt, die im Waldsterben lediglich das dramatischste Signal manifestiert. Und diese Entwicklung wird nicht mit technischen Massnahmen coupiert. Erhard Epplers Frage: «Ende oder Wende?» ist die entscheidende. Wer Atomkraftwerke als Sanierer propagiert und den Atommüll samt den Sicherheitsproblemen negiert, hat noch nichts begriffen.

Wir müssen den Irrglauben aufgeben, unbeschränktes Wachstum sei technisch möglich, alles sei technisch machbar, ohne unsere Umwelt zu gefährden. Konkret bedeutet das, Bahnen statt

Autobahnen, Energie sparen statt Energie verschwenden, mehr Natur und weniger Chemie in der Landwirtschaft, mehr Sorge tragen zum Trinkwasser, statt es sorglos zu versauen. Wir dürfen nicht weiter die Umwelt zerstören, weil wir glauben, sie mit technischen Massnahmen «flicken» zu können.

So gesehen war die Wald-Extrasession nur ein Anfang. Im SPS-Wahlprogramm 1983 heisst es: «Umweltschutz repariert die Schäden. Umweltpolitik verhindert sie. In einer kaputten Umwelt sind auch die Menschen kaputt, die Wirtschaft und die Gesellschaft. Humane Arbeitsplätze, eine florierende Wirtschaft und eine gesunde Lebensweise sind nur in einer gesunden Umwelt möglich. Deshalb ist Umweltpolitik im weitesten Sinne auch Sozialpolitik.»

Das Wahlprogramm ist unser Arbeitsprogramm. Das verpflichtet. Verpflichtet, das zu tun und zu unterstützen, was un-

serer Umwelt hilft. Wer als Kranker gesund werden will, muss oft schmerzvolle medizinische Eingriffe und Behandlung ertragen. Die Wiederherstellung einer gesünderen Umwelt, als wir sie heute haben, geht ebenso wenig schmerzlos vor sich. Davor haben viele Politiker Angst. Es ist (noch) populärer, so zu tun, als ob es schmerzfrei und ohne Eingriffe in bisherige Bequemlichkeiten ginge. Wer sich als Politiker aus Opportunitätsgründen dazu verleiten lässt, zu wenig zu tun, wird später von den Wählerinnen und Wählern härtere Vorwürfe bekommen, als wenn er unbequeme Forderungen unterstützt. Eine amtliche Feststellung nämlich steht im Raum: «Das Waldsterben stellt eine existentielle Bedrohung für unser Land dar.»

Schöne Worte helfen da nichts. Das war der tiefere Sinn, weshalb die SP-Fraktion eine Extra-Waldsession durchsetzte. Wir müssen handeln, wir haben gar keine andere Wahl.

Versuch einer Standortbestimmung der SPS

Ein neues Kapitel schreiben

Von Florian Schlegel, St. Gallen

Niederlagen und Verluste

Wenn man einmal absieht vom eindrücklichen und spektakulären Parteitag über die Regierungsbeteiligung, gehört das Jahr 1984 in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz wie schon die Jahre unmittelbar davor zu jenen, die man bald vergessen möchte.

Es war geprägt von schmerzlichen Wahl- und Abstimmungsniederlagen. Der mit wenigen Ausnahmen (z.B. Stadt Biel) bittere Niedergang der einst so starken Berner Sozialdemokraten bei den jüngsten Kommunal-

wahlen und die schwere Niederlage bei der Abstimmung über die Mutterschaftsinitiative vom 2. Dezember (knapp 16 Prozent Ja-Stimmen) bilden die vorläufigen Schlusspunkte einer langen Reihe ähnlicher Vorgänge. Auch die sanktgallischen Gemeindewahlen vom vergangenen Herbst brachten nebst einigen erfreulichen Lichtblicken namentlich in der Hauptstadt empfindliche Verluste.

Zur Abrundung des Bildes sei daran erinnert, dass der Stimmenanteil des SPS bei den Nationalratswahlen 1983 mit 22,8 Prozent in den letzten 50 Jahren

den absolut tiefsten Stand erreicht hat. Bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente hat die SP in den letzten vier Jahren 40 Mandate eingebüßt. Von den insgesamt 2879 Parlamentssitzen entfallen noch 551 oder 19,1 Prozent auf die Sozialdemokraten.

Die Wende

Wo liegen die wichtigsten Ursachen dieser unerfreulichen Entwicklung?

* Die wirtschaftlichen Einbrüche der siebziger Jahre, die zunehmend deutlicher den Beginn ei-

ner tiefgreifenden und umfassenden Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen signalisierten, stellten uns über Nacht vor völlig neue Probleme wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftspolitischer Art.

Die Grenzen des Sozialstaates wurden deutlich sichtbar. Das Ende der zukunftsweisenden gesellschaftspolitischen Reformen kündigte sich an. Das politische Klima wurde rauher, die Verteilungskämpfe härter. Die Gegensätze verschärften sich, die Toleranz wich der Intoleranz. Zudem wurde immer deutlicher, dass viele Errungenschaften der vergangenen Jahre und Jahrzehnte nur vermeintliche Fortschritte waren und gewaltige Probleme mit sich brachten. Die Schäden der rasanten technologischen Entwicklung wurden deutlich. Elementarste Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser, Wald und Boden sind ernstlich bedroht. Die gängigen Wertordnungen wurden plötzlich in Frage gestellt. Viele lehnen angesichts der teils verheerenden Folgen an Umwelt und Ressourcen wirtschaftliches Wachstum ab. Andere bangen um ihre Arbeitsplätze und verlangen Wachstum. Errungenschaften und Bequemlichkeiten, für die man jahrzehntelang gekämpft hat, sind plötzlich verpönt. In der Welt sieht es immer düsterer aus. Während sich die Rüstungsspirale in Ost und West ins unendliche dreht, verarmen und verhungern in der Dritten Welt Millionen von Menschen.

Ist es im Licht dieser fundamentalen Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen überhaupt verwunderlich, dass in der SPS einiges durcheinander geraten ist? In der Partei, in die der eine eingetreten ist, weil sie seine Interessen als Bauarbeiter am besten vertritt, und der andere, weil er gegen jede weitere Verbetonierung und Verstras-

sung der Landschaft ist. In der Partei, in die der eine eingetreten ist, weil sie für die Erhaltung der Arbeitsplätze kämpft, und der andere, weil sie gegen Atomkraftwerke, gegen Waffenexporte und gegen die Panzerbeschaffung eintritt. In der Partei, in die der eine eingetreten ist, weil sie ihm zusammen mit den Gewerkschaften zu relativem Wohlstand verholfen hat, so dass er sich heute ein Auto leisten kann, und der andere, weil er sich das Auto zum Teufel wünscht. Und so weiter und so fort. Die gegensätzlichen Interessen prallen nur so aufeinander, wenn sie überhaupt ausdiskutiert werden. Vielfach werden die Gegensätze nicht offen sichtbar, weil sich an den Versammlungen nur noch die «Gleichgesinnten» zu Wort melden. Die anderen schweigen, bleiben zu Hause oder treten gar aus, weil sie die Welt und ihre oder ihre einstige Partei nicht mehr verstehen.

Veränderung der Mitgliederstruktur

Neben diesen sehr schwierigen politischen Problemen hat die SPS einen extremen Generationenwechsel zu verkraften. Die mittleren Jahrgänge so um die 50 Jahre, die eigentlich die tragenden Säulen und die Brückebauer zwischen alt und jung, zwischen Roten und Grünen, zwischen Linken und Rechten sein müssten, fehlen weitgehend. Die Jahre der Hochkonjunktur fordern ihren Tribut. In jener Zeit hatte die SP grosse Nachwuchsprobleme. Jeder Mann wollte rasch Karriere machen in der Privatwirtschaft. Eine Mitgliedschaft in der SP hätte dabei hinderlich sein können. So wurden viele Söhne und Töchter roter Väter und Mütter als Folge ihrer beruflichen Stellung gut bürgerlich. In den letzten sechziger und den folgenden siebziger Jahren hat sich das Blatt gewen-

det. Viele Söhne und Töchter bürgerlicher Eltern sind rot, rot-grün oder grün geworden. An akademischem Nachwuchs mangelt es der SP nicht mehr. Dafür ist der Nachwuchs an Arbeitern und Angestellten, namentlich aus der Privatwirtschaft dünner geworden.

Eine wissenschaftliche Untersuchung unter mehr als 1000 Gewerkschaftern (SMUV und VPOD) hat ergeben, dass von den SMUV-Mitgliedern nur etwa 5 Prozent auch Mitglieder der SP sind, von den VPOD Mitgliedern sind es etwa 17 Prozent. Der grössere Teil dieser Gewerkschafts-/SP-Mitglieder ist über 55 Jahre alt. Als SP-Sympathisanten bezeichnen sich 36 bzw. 41 Prozent. Die SP des Kantons St. Gallen hatte letztes Jahr rund 120 Austritte zu verzeichnen; die Hälfte davon waren Arbeiter und Angestellte. Diese Entwicklung muss zu denken geben.

Programmatische Erneuerung

Die vergangenen Jahre waren als Folge dieser äusseren und inneren Veränderungen auch geprägt von der Notwendigkeit und vom Willen einer programmativen Erneuerung, von der Suche nach einer neuen Identität. Die jahrelange Programmdiskussion hat am Parteitag 1982 in Lugano ihren vorläufigen Abschluss gefunden.

Ich meine, dass dieses Programm in den grossen Zügen gut und brauchbar ist. Es ist nebst der Erneuerung traditioneller Ideen und Werte vor allen Dingen bestrebt, Wirtschaft und Umwelt (Ökonomie und Ökologie) in Einklang zu bringen. Das Programm propagiert eine Art Öko-Sozialismus. Es nimmt keineswegs Abschied von der traditionellen sozialdemokratischen Politik. Es geht indessen aus

vom erreichten Stand und von den sichtbar gewordenen Grenzen der Belastbarkeit und versucht Antworten zu finden auf die brennenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft. Es legt zunächst die Grundsätze fest für eine Gesellschaft in solidarischer Freiheit, nimmt Standortbestimmungen vor und zeigt Lösungsmöglichkeiten für die einzelnen politischen Bereiche auf.

Es wäre weit vermassen zu behaupten, das Programm der SPS sei das gültige Rezept zur Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen der dritten industriellen Revolution, zur Eindämmung der gigantischen Ressourcen- und Umweltzerstörung, zur Beseitigung von Not, Elend und Hunger und zur Verhinderung von Krieg und Zwist aus dieser Welt. Solche Rezepte hat niemand, keine Partei, keine Regierung. Aber das Programm unternimmt den ehrlichen Versuch, einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme nach unseren Vorstellungen zu leisten.

Im innenpolitischen Bereich stehen die wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Anliegen eindeutig im Vordergrund. Mit anderen Worten: Die SP-Politik muss rot und grün sein und sich damit auch klar abgrenzen von anderen Parteien und Bewegungen. Das heisst natürlich nicht, dass sie im Einzelfall nicht mit anderen Gruppierungen zusammen spannen könnte.

Irrungen und Wirrungen

Es war in den vergangenen Jahren der Klärung und der Selbstfindung gewiss nicht leicht, in der praktischen Alltagspolitik eine klare und eindeutige Linie zu finden. Zu stark strebten Meinungen und Interessen oft auseinander. Sicherlich wurden auch vermeidbare Fehler gemacht und Unterlassungen be-

gangen. Es liegt mir fern, Sünderböcke zu suchen. Wir tragen dafür gemeinsam die Verantwortung. Man kann nicht schweigen und erst nachher kritisieren. Wer mit dem Kurs nicht einverstanden ist, muss sich zu Wort melden.

Da man aber aus Fehlern lernen soll, ist es eine Pflicht, sie zu ergründen. Ich will versuchen, einige namhaft zu machen.

● Während einer Periode anfangs der achtziger Jahre hat man sich meines Erachtens da und dort zu stark mit Randgruppen, deren Vorgehen oft mehr als fragwürdig war, eingelassen. Dies stiess bei vielen Wählern und Sympathisanten auf Unverständnis und Ablehnung.

● Auf der Ebene der SPS hat man eine zu hektische Betriebsamkeit entfacht, was nebst einem Schuldenberg, vor dem wir heute stehen, dazu führte, dass zu vieles angezettelt und zu wenig kraftvoll durchgezogen wurde. Unterschriftensammlungen für und Abstimmungen über Initiativen und Referenden jagten sich. Für kreative Aufgaben in den Kantonalparteien und Sektionen blieb zu wenig Zeit.

● Man ist auf zu viele, oft von Anfang an wenig aussichtsreiche Züglein aufgesprungen. Die SPS muss sich darauf besinnen, dass sie nicht aus einem Häuflein Utopisten oder Idealisten besteht. Sie ist eine grosse Partei, die ernstgenommen werden will und die in Regierungsverantwortung steht. Ihre Vorschläge sollen durchaus weitgesteckte Ziele anvisieren, aber sie müssen machbar und finanziert sein. Das heisst keineswegs, dass die SPS nicht die Rolle der Vordenkerin und der Lokomotive ausüben soll.

● Komplizierte Themen können nicht mit dem Mittel der Initiative angegangen werden. Die Bankeninitiative ist dafür ein klassisches Beispiel. Das dahin-

terstehende politische Anliegen ist zwar durchaus berechtigt, für eine Volksabstimmung aber viel zu komplex. Der Inhalt ist dem Stimmabgänger nicht erklärbar. Dafür sind die Angriffsflächen für die Gegner um so grösser.

Mit der Initiative für ein Rüstungsreferendum wird es in der Abstimmung wohl ähnlich gehen. Das Anliegen ist zwar vertretbar und verständlich fassbar, das Thema aber zu emotional.

● Der thematische Wechsel von roten auf grüne Anliegen erfolgte zum Teil zu abrupt. Es wurde von zu vielen Mitgliedern und Anhängern nicht mitvollzogen. Das führte in traditionellen Wählerschichten zu Irritation, Verunsicherung und Abseitsstellen.

● Kontaktpflege und Diskussion mit den inaktiveren Mitgliedern und Gewerkschaften wurden stark vernachlässigt. Ebenso vernachlässigt wurden vielfach die Rentner, deren politischer Einfluss mit steigender Zahl immer grösser wird und die zu den treuesten Wählern der SPS gehören.

● Man hat in vielen Dingen zu schwarz gemalt und oft auch den Staat zu schlecht gemacht. Eine Partei, die nur Gefahren und Bedrohungen sieht und Angst verbreitet, wird ihre Gefolgschaft verlieren. Wir müssen selbstbewusster auftreten und mehr Vertrauen in unsere eigene Kraft ausstrahlen. Der Mensch will überleben; er folgt denen, welche sich die Bewältigung der Probleme zutrauen und nicht jenen, die den Weltuntergang prophezeien.

In einigen Kantonen führten die innerparteilichen Auseinandersetzungen zu einer Erstarrung der Fronten oder gar zu Abspaltungen. Das ist schade. Denn die Verlierer sind nicht nur die einen oder die anderen, sondern wir alle, der demokratische Sozialismus.

Leider ist zu befürchten, dass der leidige Klärungsprozess noch nicht überall ausgestanden ist. In einigen Kantonen stehen wichtige Wahlgänge erst noch bevor.

Kräfte nicht zersplittern

Wenn wir inskünftig eine auf einige Schwerpunkte konzentrierte Politik betreiben wollen, müssen wir an den Parteitagen die Konsequenzen ziehen und jene Anträge, die alle möglichen neuen Initiativen und Aktionen verlangen, konsequenter ablehnen. Wir sollten weder unsere Kräfte noch unsere bescheidenen finanziellen Mittel zu stark zersplittern.

Überhaupt scheint mir, dass die SPS eher zu zentralistisch organisiert ist. Der Glaube an den allmächtigen Zentralstaat ist auch in unseren Reihen nicht mehr so stark wie früher. Vielmehr sind wir im Verlauf der Jahre zur Auffassung gelangt, dass vieles aus der Nähe einfacher, unbürokratischer und doch wirkungsvoller gelöst werden kann. Unsere Kantonalparteien und unsere Sektionen müssten deshalb stärker und ein Stück weit auf Kosten der SPS in den Vordergrund rücken können. Die Strukturen der Partei wären dann auch eher jenen der staatsrechtlichen Organisation angemessen.

Mit Schwung an die Arbeit

Aufbauend auf dem Programm 1982 und mit dem festen Willen, die SPS wieder in Fahrt zu bringen, wollen wir mit neuem Schwung an die Arbeit, an die Aufbauarbeit. Im Vordergrund stehen schwergewichtige sozial- und umweltpolitische Probleme.

Die mikroelektronische Revolution wird sich fortsetzen, und die Zahl der Arbeitslosen wird ziemlich sicher weiter ansteigen.

Wir müssen zwar weiterhin für Arbeitsplätze kämpfen, aber Vollbeschäftigung wird es auf längere Zeit hinaus kaum mehr geben. Da sollten wir uns und unseren Wählern nichts vormachen. Um so mehr müssen wir uns um die Arbeitslosen und um die Ausgesteuerten kümmern.

Weiterbildungsgeld

Für Arbeitslose sollten meines Erachtens institutionalisierte, allenfalls obligatorische Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten von kürzerer und längerer Dauer geschaffen werden. Für viele ist ein Einstieg in die Arbeit nur auf diese Weise wieder möglich. Es muss unter den Arbeitslosen wenigstens eine Rotation geben, sonst wird es für die Betroffenen unerträglich. Weiterbildung und Umschulung sind aber auch sinnvolle Betätigungen. An die Stelle des Arbeitslosengeldes soll ein Weiterbildungsgeld als Lohnersatz, auch für Augesteuerte, treten.

Wie wäre es, wenn SPS und Gewerkschaftsbund zusammen ein solches Weiterbildungsprojekt entwickeln würden, allenfalls in Verbindung mit den Arbeitgeberorganisationen. Arbeitslosigkeit darf nicht zum Stigma werden. Vielmehr muss sie schöpferische Vorbereitung auf neue Aufgaben sein. Ein neues Proletariat mit armengenössigen Ausgesteuerten, wie es in anderen westlichen Ländern schon Tatsache ist, muss unter allen Umständen verhindert werden.

Eine neue Solidarität

Wenn wir daneben ins Gewicht fallende Arbeitszeitverkürzungen zur besseren Verteilung der Arbeit propagieren, so sollten wir auch den Mut haben zu sagen, dass dies nur mit Lohneinbussen möglich ist. Die neue Zeit erfordert eine neue Solidarität.

Eine kleiner werdende Zahl von Beschäftigten wird eine grösser werdende Zahl von Rentnern und Arbeitslosen auszuhalten haben. Das wird auf die Dauer nicht gehen, ohne selbst Einbussen in Kauf zu nehmen. In der grösseren Freizeit können lokale und individuelle Selbstversorgung getätig und selbstbestimmte Bedürfnisse befriedigt werden.

Daneben stehen brennende Fragen der Umwelt, des Verkehrs, der Energie, des Wohnungsbau- es und der verfehlten Siedlungs- politik an. Unsere Vorlagen müssen so konzipiert und dimensioniert sein, dass sie von allen verstanden und von breiten Schichten mitgetragen werden. Auf diesem Weg kann die Sozialdemokratie wieder zu einer starken Volkspartei werden.

Eine solide und anhaltende Erstarkung der Partei muss von unten herkommen. Die Basisarbeit in Gemeinden und Kantonen ist zu intensivieren. Gute und glaubwürdige Kommunal- und Kantonalpolitiker können mehr erreichen als eine grosse Hektik auf eidgenössischem Boden. Selbstverständlich braucht es auch gute Bundespolitik, es braucht beides. Der Weg zum längerfristigen Erfolg aber führt über die Rathäuser, wobei gute Leute unabdingbare Voraussetzungen sind.

Wir stehen vor Herausforderungen, die jene früherer Jahrzehnte in vielem übertreffen. Eine starke Sozialdemokratie ist nötiger denn je. Politik kann faszinierend sein. In einer Demokratie erfordert sie allerdings auch viel Arbeit, Geduld und Ausdauer.

Ich meine aber, dass es an der Zeit ist, in der Geschichte der SPS ein neues Kapitel zu schreiben. Fangen wir an, ohne Verzug.